

Mehr Respekt und Neuer Sozialstaat 2021_Beschlusspapier 03

Respekt, Anerkennung, ein starker *Sozialstaat* sind zentrale Themen für Ostdeutschland für die nächsten Jahre. **Jeder muss für seine Leistung die gleiche Wertschätzung erfahren.**

Wirtschaftlich steht Ostdeutschland heute auf einem deutlich stabileren Grund, als das noch vor wenigen Jahren vorhersehbar war. 30 Jahre kontinuierliche, harte und vielerorts erfolgreiche Aufbauarbeit haben sich gelohnt. Insgesamt hat sich die Lebensqualität verbessert, wir haben heute im Osten deutlich weniger Arbeitslose als in den 90er Jahren, vielerorts herrscht sogar akuter Fachkräftebedarf. Ostdeutschland hat auch in den letzten Jahren massiv vom Mindestlohn und den damit verbundenen Lohnerhöhungen profitiert.

Doch die vielen kleinen Schritte der letzten Jahre haben dennoch das Ungerechtigkeits- und Unsicherheitsgefühl gerade der älteren Ostdeutschen nicht beseitigen können und haben kaum das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik gestärkt.

Denn zur Wahrheit gehört auch, **ein Drittel der ostdeutschen Beschäftigten arbeitet weiter im Niedriglohnbereich.** Arbeitsbedingungen, Einkommen und Rentenhöhe zeigen, dass das Land noch immer zwischen Ost und West gespalten ist. Nur eine **Minderheit hat von den hohen Gewinnen des Wirtschaftswachstums der letzten Jahre profitiert.** Im Osten arbeitet man im Jahresschnitt länger und verdient monatlich deutlich weniger als die Kolleginnen und Kollegen im Westen. In Ostdeutschland ist im Durchschnitt bei vielen der Status unsicherer: Die Vermögen sind geringer wie auch die Einkommen. **Jede Krise und jeder Strukturwandel bedeuten eine Unsicherheit und rufen Erinnerungen wach.** Diese fortbestehenden Unterschiede sind in Westdeutschland kaum bewusst.

Zudem war und ist Hartz IV ein Thema für viele in Ostdeutschland: Knapp 1,2 Millionen Sachsen etwa erhielten seit 2007 Hartz IV bei einer Gesamtbevölkerung von knapp über vier Millionen Einwohnern. Es sind nicht nur mehr Menschen als im Westen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Weil ein Drittel der Ostdeutschen unter 11 Euro verdient, sind mehr Aufstockerinnen und Aufstocker und auch mehr Alleinerziehende auf Hartz IV angewiesen. Und schon bei der Einführung von Hartz IV hat die Reform, die damals noch wenig Vermögensschonung kannte und keinen Unterschied nach dem Lebensalter machte, auch viele Beschäftigte bis ins Mark erschüttert.

Es wird vielfach unterschätzt, **was Massenarbeitslosigkeit und die damit einhergehende einseitige Macht der Unternehmer in den letzten 30 Jahren mit den Beschäftigten in Sachsen gemacht hat.** Man hat ihnen damals den Zahn gezogen. Sie haben oft ihr Selbstbewusstsein verloren, manchmal auch ihren Stolz. In vielen Branchen bezahlen sie diesen Verzicht auf Mitbestimmung aber seit vielen Jahren mit geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen und mit einer drohenden Altersarmut.

Umso bemerkenswerter und schöner ist es, dass wir in den letzten Monaten im Schatten der Pandemie eine **neue Bewegung in Ostdeutschland mit einer neuen Generation von Beschäftigten - und hier vor allem vielen Frauen - für höhere Löhne und mehr Rechte kämpfen sehen.** Mehr als 80 Streiks sind im Osten im Jahr 2020 zu verzeichnen.

Diese neue Bewegung und dieses neue Selbstbewusstsein sind dringend nötig. Die Deutsche Einheit scheint bei manchen Unternehmen noch nicht angekommen zu sein. Wenn die ostdeutschen Metallarbeiter drei Stunden länger arbeiten als die Kollegen im Westen, dann ist das kein Standortvorteil, der angeblich dem Osten zu Gute kommt, sondern ungerecht. Vermehrt werden in westdeutschen Konzernzentralen wieder Entscheidungen zuungunsten des Ostens getroffen. Es kann nicht sein, dass es – wenn es wirtschaftlich eng wird – eine Konzentration auf Westdeutschland gibt, um dort Standorte zu sichern: **Der Osten ist nicht der Reservekanister des Westens.**

Wir stehen am Beginn einer neuen Ära – dafür brauchen wir einen „neuen Sozialstaat“

In den nächsten 25 Jahren kommen riesige Veränderungen auf uns zu. **Nur mit einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik und einem starken Sozialstaat können wir sie bewältigen und sogar als Chance nutzen.** Dafür müssen wir die Grundlage unseres gesellschaftlichen Erfolges stärken. Diese Grundlage heißt Respekt, Respekt für jede Arbeit.

Das bedeutet, die **soziale Einheit** mit großen Schritten anzugehen. Wir sehen diesen großen Schritt in Form eines „**Neuen Sozialstaats**“, **der die Menschen gerade auch mit kleinen Einkommen und weniger Qualifikation in Zeiten von Digitalisierung und Klimaschutz schützt** und es ihnen ermöglicht Schritt zu halten. Ein „neuer Sozialstaat“, **der Lebensleistungen anerkennt und ihnen die Möglichkeit gibt, etwas Neues zu beginnen.**

Ein neuer Sozialstaat, der das **Vertrauen in den Sozialstaat stärkt** und das Versprechen einer durchlässigen Gesellschaft gerade für Ost-Deutschland neu belebt.

Der **Gesetzesentwurf von Hubertus Heil zum SGB II bietet diese Chance.**

Mit einem „**Recht auf Weiterbildung**“ und „**Recht auf einen neuen Beruf**“ als Teil des „**Neuen Sozialstaats**“ **gibt die SPD eine Qualifizierungsgarantie** für die, deren Jobs durch den technologischen Wandel wegfallen. Die meisten Ostdeutschen haben diese Erfahrung bislang schon einmal gemacht. Machen wir es in Zukunft allen in Deutschland einfacher. Wir können kein Versprechen geben, dass die Person die nächsten 40 Jahre Komponenten eines Dieselmotors zusammenschraubt, aber unser Versprechen ist, dass wir alles versuchen, dass sie eine gleichwertige gute Beschäftigung bekommen.

Ganz viele Ärgernisse für Betroffene werden **durch den Gesetzesvorschlag von Hubertus Heil** abgeschafft: dass Kinder ihr **verdientes Geld aus Ferienjobs** nicht vollständig behalten durften; dass **Mutterschaftsgeld** künftig nicht als Einkommen berücksichtigt würde; dass es keinen Streit wegen **Cent-Beiträgen mit dem Amt (Einführung einer Bagatellgrenze)** geben würde. **Die Abschaffung überharter Sanktionen, dafür mehr Motivation.**

Wer vorübergehend auf Arbeitssuche ist und durch die Grundsicherung aufgefangen wird, muss darauf vertrauen können und die Sicherheit bekommen, sich vorerst nicht um sein Ersparnis und seine Wohnsituation sorgen zu müssen. Deswegen soll **künftig in den ersten 2 Jahren des Bezugs von Grundsicherung nicht erhebliches Vermögen und die Wohnung nicht überprüft werden.** Wir wollen einen Sozialstaat auf Augenhöhe, der mehr Sicherheit bietet und neues Vertrauen schafft. Es geht um mehr Bildungsmöglichkeiten. Der Sozialstaat soll zugleich wirksam und unkompliziert sein.

Schließlich geht es um mehr Leistungsgerechtigkeit der Beschäftigten. **Hier müssen wir die neue Bewegung der Beschäftigten unterstützen.**

- **Gleiche Löhne in Ost und West wird es nur geben, wenn die Tarifbindung in Deutschland wieder steigt.** Dafür setzen wir auf das Instrument der Allgemeinverbindlichkeit, z. Bsp. in der Pflege. Zudem streben wir ein bundesweites Tariftreugesetz an, mit dem wir tarifgebundene Unternehmen steuerlich besserstellen als nicht-tarifgebundene Unternehmen. Die Unterdrückung von Mitbestimmung wird härter bestraft.
- Wir wollen einen Mindestlohn von 12 Euro einführen.
- Weil in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeitslosigkeit besonders hoch und die Löhne niedrig waren, bekommen besonders viele Menschen, die in Ostdeutschland in den nächsten Jahren in Rente gehen, nur eine niedrige Rente. Deshalb war die schnelle Einführung der Grundrente für uns absolut notwendig – sie ist gerade in Ostdeutschland für viele Menschen nicht nur eine existenzsichernde Rente, sondern auch Anerkennung für 30 Jahre Aufbauleistung unter widrigen Bedingungen. Wir werden nicht nur die Grundrente perspektivisch weiter entwickeln, sondern auch die bestehenden Ungleichheiten im Rentenrecht beseitigen.
- Wir wollen eine sozialdemokratische **Kindergrundsicherung einführen**, um **Kinderarmut zu beseitigen** sowie dafür zu sorgen, dass **Normalverdiener-Familien nicht weniger Unterstützung bekommen als Kinder reicher Familien.**
- Wir wollen perspektivisch, dass alle Beschäftigten durch die Sozialsysteme abgesichert werden. Auch in der Rente. Wir wollen noch in dieser Legislatur Selbständige rentenrechtlich absichern. Ein weiterer – wenn auch symbolischer Schritt – wäre es, dass Bundestagsabgeordnete künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Beamtinnen und Beamte und weitere Berufsgruppen sollen folgen.
- Wir drehen das Prinzip der Pflegeversicherung um: Nicht die Leistungen der Pflegeversicherung werden begrenzt, sondern die Eigenanteile der Pflegebedürftigen.
- Wer ostdeutschen Lebensleistungen Respekt zollen will, muss auch die Probleme der Rentenüberleitung in den Blick nehmen. Die DDR-Geschiedenen, Reichsbahner und vielen weiteren Gruppen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Härtefallfonds kommt und Bund und Länder eine entsprechende Vereinbarung in dieser Legislaturperiode treffen!

Aufbruch in Ostdeutschland

Der Neue Sozialstaat beinhaltet sowohl eine Reform für die Zukunft der Arbeit gerade auch in Ostdeutschland als auch eine Reparatur mancher Folgen und Ungerechtigkeit der Nachwendzeit.

Eine solche Politik eines starken Sozialstaats kann zusammen mit einer neuen Bewegung der Beschäftigten mit neuem Selbstbewusstsein und Stolz sowie verbunden mit einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik mehr Optimismus und Vertrauen bringen und manche schlechte und zerstörerische Eigendynamik brechen.